

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Faktion der Kommunistischen Partei
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / K...

Wahl
Kommissionen
Liste
f. Ostschlesien
rauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Quarte 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne
Zustellungsgebühren) Verlag: Dresden, Verlags- und Druckerei m. B. Dresden - U. / Geschäftsstelle: Expedition
Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699. Dresden-Verlags- und Druckerei
Gesellschaft Dresden - U. Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: Am Dresden Nr. 17259 / Druckanschrift: Arbeiter
Stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

4 Jahrgang Dresden, Montag den 14. Mai 1928 Nummer 112

Stahlhelmbanditen überfallen Arbeiter

Terrorwahlen in Vorbereitung — Rot-Front-Kameraden blutiggeschlagen — Durch Messerstiche schwer verletzt
Auch Polizeibeamte niedergestochen

Alarmbereite Reichswehr Wahlen unter Bajonetten

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Gestern kam es zu den bereits von der Welt am Abend
am Sonnabend angekündigten Gruppenaufmärschen und Ueber-
fällen des Stahlhelms, dessen Mitglieder, um mit Stößen auf-
zuwachen zu können zu 50 Prozent die Anweisung erhalten
hatten in Zivil zu erscheinen. Die Ueberfälle in den Arbeiter-
vierteln überfielen von vornherein an der entschlossenen Haltung
der Arbeiter, die gestern in besonders hartem Maße zur
Wahlbereitschaft aufgemuntert war. Ihre Hauptüberfälle hatten die
Stahlhelmbanden und Nationalsozialisten deshalb nach dem
Mittag verlegt, wo sie sich der Unterstützung der Bourgeoisie
habe glaubten. In Halensee gelang es einer Gruppe Stahlhel-
mer, einen einzelnen roten Frontkämpfer zu überfallen und
blutig zu schlagen. Ein anderer roter Frontkämpfer versuchte
in einem Auto zu entkommen, dasselbe wurde jedoch von den
Stahlhelmen angehalten und der rote Frontkämpfer heraus-
gedrückt. Hinzukommende Polizeibeamten verhafteten darauf
einen Stahlhelmer, dessen Kollegen jedoch über die Polizei her-
fielen und einen von den Polizeibeamten mit einem Messer nieder-
stachen und den verhafteten Stahlhelmer befreiten.
An einer anderen Stelle von einem Schupo-Beamten ein
rotfrontlicher festgenommen worden war, wurde der Beamte
von einem Trupp Nationalsozialisten überfallen. Der Beamte
erhielt einen lebensgefährlichen Messerstich in den Rücken. Der
Trupp Nationalsozialisten entkam. An einer anderen Stelle
wurde der „republikanische“ Polizeioberst Lang von dem Stahlhel-
men überfallen. Diese versuchten ihm sein Reichsbanner abzu-
reißen. Sie beschimpften ihn auf die grösste Weise und
warfen Steine nach ihm.
Wie jetzt die Welt am Montag und der Montag-Morgen
wahrnehmen können, war bei den Ausschreitungen der Stahlhel-
mbanden und Nationalsozialisten keinerlei Polizei zu bemerken,
lediglich sie mußte immer erst herbeigerufen werden und kam dann
zu spät.

ministers von Reudell den einzelnen Staaten zur „Sicher-
ung der Wahl“ zurückzuführen sein. Gleichzeitig teilen die
Zeitnotizen mit: Von gut unterrichteter Seite werden wir in-
formiert, daß dieser Tage Vertrauensleute des Stahlhelms mit
Herren der Deutschen Volkspartei eingehende Besprechungen
über das Verhalten des Stahlhelms während der Wahl am
21. Mai geführt haben. Es handelt sich dabei um die „Sicher-
ung der Wahl“ auf dem flachen Lande, besonders in Pom-
mern, Ostpreußen und Hannover. Zunächst wollte man

in den Kreis der zu „schützenden“ Landestelle auch das mittel-
deutsche Industriegebiet, das Schmerzenskind des 2. Stahlhel-
mführers Dülsterberg einbeziehen. Nach Fühlungnahme mit dort
wurde aber leitens der Industriellen heftig abgewinkt, da diese
mit dem Stahlhelm während des mitteldeutschen Braunkohlen-
streiks niederdrückende Erfahrungen machten, indem sich die
Interessensolidarität mit den übrigen Arbeitern als stärker er-
wies als das Unternehmertum. In den ländlichen Bezirken
aber erhofft man Wirkungen auf das Wahlergebnis im Sinne
des Stahlhelms und des Großparteilertums durch entschiedenes
Ausbleiben gegen jeden „von links“ zu erwartenden Wahler-
ror am Wahltag und auch am Vorabend des 19. Mai zu erreichen.
Es ist klar, daß die Reaktion einen angeblichen „Wahlerror von
links“ als Anlaß nimmt. Die Arbeiter werden jedem Terror
zu begegnen wissen.

Der Bankrott der Veräterpartei

Auflösung des Leninbundes — Zurückziehung der eigenen Wahllisten — Ein Bestechungsversuch durch die SPD — Die Arbeiter
lehnen zur Partei zurück — Der Volkswille wird wieder Parteiführer

Wie wir erfahren, steht die offizielle Auflösung des sogen.
Leninbundes und damit verbunden die Annulierung der von
ihm aufgestellten Kandidatenlisten zum Reichstag und Landtag
unmittelbar bevor. Den letzten Rest zu diesem Zusammenbruch
der Veräterpartei gab die Tatsache, daß der SPD-Parteivor-
stand durch Mittelmänner an einige am Süder „Volkswillen“
material interessierte Leute — die zugleich im Vorstand und Auf-
sichtsrat des „Volkswillen“ sitzen und ihre Existenz fürchten —
mit dem Verzicht herangemacht hat, sie mit Hilfe einer angebo-
ten hohen Geldsumme zu befreien, und dadurch das Unter-
nehmen in die Hand der SPD zu spielen.
In Verzwweiflung über die durch seine Freunde herbeige-
führte Situation wandte sich Urbahn am Sonnabend telepho-
nisch an Vertreter des Zentralkomitees der KPD und ersuchte um
dringende Unterredung. Diese fand statt. Er erklärte, daß an-
gesehen der obengedachten Situation er nicht mehr imstande
sei, das Blatt zu halten, und deshalb
die KPD den „Volkswillen“ politisch und finanziell
übernehmen solle.

Verhandlungen einer Delegation des Leninbundes mit Vertre-
tern des Zentralkomitees haben begonnen. Es ist aller Wahrs-
cheinlichkeit damit zu rechnen, daß sämtliche Ortsgruppen des
Leninbundes im Süder Bezirk auf Grund besonderer vom ZA
der KPD formulierter Bedingungen wieder in die Partei zurück-
kehren werden. Die oppositionellen Arbeiter lehnen einmütig
den geplanten Streich des SPD-Parteivorstandes und einiger
korrupter Elemente des Leninbundes ab.

Wieder hat sich bewiesen: Neben der KPD kann eine andere
Partei, die sich einen revolutionären Ansehen geben will, nicht
bestehen. Die KPD ist und bleibt die Partei des revolutionären
Proletariats.

Bezeichnend ist die Methode der SPD. Korruption ist bei
dieser Partei Trumpf. Dort ist man schon so daran gewöhnt,
Gehältern zu kaufen und zu verkaufen, daß man auch in Süd-
den Versuch machte.

Bei den revolutionären Arbeitern ist die SPD damit ge-
richtigt. Die Arbeiter stehen zur KPD, sie wählen Liste 5!

Gott der Angestellte GPD wählen?

(Angestelltenkorrespondenz)

Der Zentralverband der Angestellten ruft zur Stimmabgabe
für die SPD auf. Er begründet diese Haltung damit, daß man
sich nur auf die SPD verlassen könne, und daß die Kommunisten,
die sich noch als Arbeiterpartei bezeichnen, nur manchmal et-
was für die Angestellten tun. Und aus einer Polemik gegen re-
formistische Genossenschaftsangehörige machen die schlauen „Füh-
rer“ des ZVA eine Herabwürdigung der Angestellten insgesamt,
woran nie ein Kommunist gedacht hat. Am 15. Mai soll nun
das „Mitglied des ZVA“, Frau Toni Sender, im Palmgarten in
einer Wahlkundgebung des AFA-Bundes sprechen. Wofür sie spre-
chen wird, das ist klar. Sie wird behaupten, daß nur die SPD
die Interessen der Angestellten gewahrt habe und der Herr
Hauptmann wird dazu den Beweis liefern, wie glänzend doch die
reformistische Führung des ZVA fungiere.

Wir Angestellten aber wissen es anders. Uns ist klar, daß
die Interessen der Angestellten untrennbar verknüpft sind mit
denen der Arbeiter, daß wir alle in eine Front gehören, die nicht
von der SPD, sondern nur von der Kommunistischen Partei ge-
führt wird. Wir nehmen die Bezeichnung Arbeiter als Ehrentitel
an und führen nicht demagogische Scheingeschäfte.

Die reformistische Führung des ZVA hat es zumeist gebracht,
daß es den Angestellten sogenannter kommunistischer Unter-
nehmen verboten ist, Mitglied der ZVA zu sein. Zu solchen „kom-
munistischen“ Unternehmen zählt man selbständige Buchhand-
lungen. Außerdem darf ein Kommunist nicht Funktionär des
Verbandes sein. Nun komme keiner und sage, ein solcher Ver-
band sei noch überparteilich! Ganz offen tritt hier die Wahl-
politik der Reformisten zutage, die in Worten für Demokratie
eintreten, aber die proletarische Demokratie dauernd mit Füßen
treten. Uns wurde ein Fall gemeldet, der ebenfalls klar zeigt,
wie ernst es „Mitglieder des ZVA“, wie die Frau Toni Sender,
mit dem Gewerkschaftskampf nehmen. In Kadeberg fand eine
Versammlung der SPD statt, in der Frau Sender referierte. Ein
Mitglied des ZVA meldete sich zur Diskussion, wurde jedoch von
der Frau Sender abgewiesen mit der Bemerkung, daß dies keine
Gewerkschaftsversammlung sei. So also steht diese Vertreterin
der Angestellteninteressen da! Wenn ein Prolet, ein Angestellter,
der vielleicht 120 Mark Monatslohn bekommt, keine Not, die die
Not der ganzen Klasse ist, den Klassengenossen klarmachen will,
dann kommt die Frau Sender und verbietet es.

Der Frau Toni Sender muß klargemacht werden, daß sie
gar keine Berechtigung besitzt, sich als Vertreterin der Ange-
stellten aufzuspielen, wenn sie sich derartig verhält.

Hat sich die SPD wirklich für die Arbeiter und Angestellten
eingesetzt? Diese Frage aufzuwerfen, bedeutet, sie zu verneinen.
Arbeitererzitter, und natürlich auch Verrat der dazugehörigen
Angestellten, ist die gesamte Tätigkeit der SPD. Sie stimmte
im Reichstag für die Mittel, die für Reichswehr und Polizei
ausgeworfen wurden. Sie tat aber nichts, um die Not der äl-
teren Angestellten wirklich zu lindern. Sie tat nichts, um dem
Abbau der sozialpolitischen Einrichtungen entgegenzutreten.
Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium stimmte die SPD für
die Mittel, die für die Hebung des Flugverkehrs aufgeworfen
worden sind. Dabei ist klar, daß diese Hebung des Flugverkehrs
gleichlich besser geht als unter der Sklaverei des Kapitalismus.
Jetzunion ist. Aber auch dafür sind ja die Sozialdemokraten! Sie

Die Arbeiterkassen kann aus diesem Vorgehen der Stahl-
helmbanden erleben, welche Absichten für den Wahltag heischen.
Die Stahlhelmer wollen durch ihren Terror die Arbeiter von
den Wahlen zurückschrecken. Sie wollen aber auch gleichzeitig die
Bedingungen für ein Verbot der roten Front herbeiführen.

Die Arbeiter, insbesondere aber die Kameraden der Wehr-
organisation des RFB, werden durch geschlossenes Auftreten,
durch entschlossene Abwehr, die Banditen zurechtweisen und ihnen
den Spieß an Ueberfällen nehmen.

Reichswehr und Stahlhelm sollen die Wahlen „schützen“

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Die Telegraphenagentur Zeitnotizen melden, daß sie aus
unverlässlicher Quelle erfahren, daß in verschiedenen
Bezirken kommende Woche
große Alarmierungen der Reichswehr vorgehen sind.
Diese Alarmierungen sollen auf Anregung des Reichsinnen-

*Sie Arbeiter kämpfen von nun an mit
Ihren für die Arbeiter kämpfend
und an dem die Arbeiterpartei
den Kampf gegen die SPD als
Kampf gegen die Bourgeoisie
und kann nicht gescheitern
Petersen Riedel*